



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Dr. Gerhard Hopp, Wolfgang Fackler, Kerstin Schreyer, Barbara Becker, Robert Brannekämper, Maximilian Böttl, Dr. Alexander Dietrich, Alex Dorow, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Dr. Stefan Ebner, Dr. Ute Eiling-Hütig, Alexander Flierl, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Petra Guttenberger, Thomas Holz, Thomas Huber, Björn Jungbauer, Andreas Jäckel, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzing, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Martin Stock, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Peter Wachler, Josef Zellmeier und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/5831

Verteidigungsfähig werden, Unabhängigkeit bewahren, Sicherheits- und Verteidigungsindustrie stärken

Der Landtag betont, dass Deutschland schnell und umfassend verteidigungsfähig werden muss. Das betrifft neben der Bundeswehr vor allem auch zivile Strukturen, vor allem den Zivil- und Katastrophenschutz (Bevölkerungsschutz) und den Schutz der Kritischen Infrastruktur.

Mit Blick auf die Bundeswehr begrüßt der Landtag die Überlegungen auf Bundesebene, das Beschaffungswesen der Bundeswehr durch ein Planungs- und Beschaffungsbeschleunigungsgesetz zu verbessern. Eine konkrete Vorhaben- und Bestellliste zur Ausrüstung der Bundeswehr ist schnellstmöglich aufzustellen und mit der Beschaffung zu beginnen.

Der Landtag betont, dass dafür jetzt große finanzielle Anstrengungen notwendig sind, für die der Bund die notwendigen Handlungsspielräume für Bund, Länder und Kommunen schaffen muss.

Der Landtag sieht auch die Europäische Kommission gefordert, die angekündigte Mobilisierung von Mitteln – insbesondere durch die Aktivierung der nationalen Ausweisklausel, die Ausweitung der Finanzierungen der Europäischen Investitionsbank sowie

durch private Investitionen im Rahmen der Initiative „ReARM Europe“ – zügig umzusetzen.

Der Landtag ist der Ansicht, dass bei den notwendigen bestehenden und geplanten Beschaffungsprojekten der Fokus auf deutsche und europäische Produkte gelegt werden muss, um die eigenen technologischen Kompetenzen zu stärken und Europas Unabhängigkeit zu sichern. Trotz der notwendigen schnellen Beschaffung dürfen dadurch nicht neue Abhängigkeiten entstehen und gegebenenfalls bestehenden Abhängigkeiten ist entgegenzuwirken. Der Bund muss mit Blick auf die notwendigen bestehenden und geplanten Beschaffungsprojekte schnell Planungssicherheit schaffen, damit sich die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Deutschland und Europa darauf einstellen und bei entsprechender Planungssicherheit höhere Kapazitäten aufbauen kann. Zur Schaffung von Planungssicherheit gehört außerdem eine pragmatische und wirtschaftlich sinnvolle Rüstungsexportpolitik, die Stärkung von Forschung und Innovation sowie eine verbesserte Verzahnung von Bundeswehr mit der Wissenschaft und Forschung.

In diesem Zusammenhang sieht der Landtag auch die Europäische Union gefordert, durch legislative Maßnahmen (Stichwort Taxonomie), aber auch durch Förderungen die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Europa bei der (Weiter-)Entwicklung von Kompetenzen und dem Aufbau von Produktionskapazitäten zu unterstützen.

Mit Blick auf die ebenfalls notwendigen personellen Ressourcen für die Bundeswehr ist der Landtag der Ansicht, dass auf Bundesebene auch zeitnahe Entscheidungen über ein Wiederaufleben der Wehrpflicht und die Einführung eines Gesellschaftsjahres herbeigeführt werden müssen. Auch die Einbeziehung von Reservistinnen und Reservisten ist voranzutreiben.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident